



NIEDERSCHRIFT

über die 35. Sitzung des Stadtrates
der Stadt Landau in der Pfalz
am Dienstag, 06.03.2018,
im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:35



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals bis 18.30 Uhr TOP 11 ö.S.

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Georg Schmalz

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Prof. Dr. Hannes Kopf bis 19.50 Uhr TOP 4 n.ö.S.

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Aydin Tas

Hans Peter Thiel

ab 17.07 Uhr

TOP 2 ö.S.

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

ab 17.40 Uhr

TOP 6 ö.S.

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Parteilos

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer

FDP

Jochen Silbernagel

bis 19.50 Uhr

TOP 4 n.ö.S.



Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Bernhard Eck	Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Roland Schneider	(Projektgruppe Landau baut Zukunft)
Alexander Siegrist	(Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters)
Julia Westermann	(Hauptamt)

Sonstige

Sandra Diehl	(Leiterin Pressestelle)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Dr. Andreas Hülsenbeck



Rolf Morio

SPD

Michael Scheid

Bündnis 90/Die Grünen

Andrea Heß

Nicht entschuldigt

Pfeffer und Salz

Jakob Wagner



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um einen neuen Punkt 15 „Verlängerung des Enterprise-Agreement Vertrages“ zu ergänzen. Die weiteren Punkte würden sich entsprechend nach hinten verschieben.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Präsidenten des Oberrheinrates, Herr Theo Kautzmann
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Prüfantrag für einen Fußgängerüberweg bzw. Aufpflasterung in der Reiterstraße in der Verlängerung der Karl-Sauer-Straße
Vorlage: 101/403/2018
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung von konkurrierendem Anwohnerparken in der Südstadt
Vorlage: 101/405/2018
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen im Bereich B 10 Landau-Nord bis Godramstein
Vorlage: 101/406/2018
6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung intelligenter Verkehrsführung bzw. eines Parkleitsystems in der Stadt Landau
Vorlage: 101/407/2018
7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ausweisung weiterer Fahrradstraßen
Vorlage: 101/408/2018
8. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aktionsplan Sauberkeit in Landau
Vorlage: 101/409/2018
9. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Untersuchung Luftaustauschbahnen
Vorlage: 101/410/2018
10. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Bildung zweier Ortsbezirke Wollmesheimer Höhe und Horst
Vorlage: 101/411/2018



11. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Berichterstattung zum Schienenpersonennahverkehr
Vorlage: 101/412/2018
12. Wohnungsbaugesellschaft Landau;
weiteres Vorgehen
Vorlage: 820/233/2018
13. Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters; Fortschreibung
Vorlage: 100/240/2018
14. Breitbandausbau im Stadtgebiet Landau in der Pfalz
Vorlage: 100/241/2018
15. Verlängerung des Enterprise-Agreement Vertrages
Vorlage: 120/006/2018
16. Auftragsvergabe Sandreinigung auf städtischen Flächen (Spielplätze, Schulen, Kindergärten, Sportplätze) für 2018-2021
Vorlage: 350/100/2018
17. 4-streifiger Ausbau der B 10: Verlegung eines Regenrückhaltebeckens bei Godramstein
Vorlage: 660/154/2017
18. Neufassung der Benutzungsordnung für den Zoo der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 700/013/2017
19. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht des Präsidenten des Oberrheinrates, Herr Theo Kautzmann

Der Vorsitzende begrüßte den Präsidenten des Oberrheinrates, Herrn Theo Kautzmann und bat ihn um seinen Bericht.

Herr Kautzmann betonte, dass der Oberrheinrat die engagierte Stimme der Dreiländerregion sei. In der Arbeit gehe es um den Abbau von Grenzhindernissen für die Bevölkerung in den Bereichen Verkehr, Bildung, Arbeitsmarkt und Gesundheit. Ein ganz wichtiger Aspekt sei die Verteidigung und Förderung der Zweisprachigkeit am Oberrhein insbesondere bei Jugendlichen. Man formuliere auch wichtige Anliegen in Umweltfragen und gebe Hinweise auf Missstände und Potentiale. Beim Kernkraftwerk Fessenheim seien mittlerweile die Signale auf Stilllegung gestellt. Seit über 50 Jahren gebe es diese enge Zusammenarbeit in der Dreiländerregion. Begonnen habe es in den 1970er-Jahren mit dem Zusammenschluss der Regierungs- und Verwaltungsbehörden der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz. Mit maßgeblicher Hilfe des Förderprogramms Interreg seien dann ab den 1990er-Jahren eine Vielzahl von Projekten initiiert und umgesetzt worden. Seit 1998 bilde der Oberrheinrat das politische Komplementärorgan zur verwaltungsgeprägten Oberrheinkonferenz. Der Oberrheinrat sei der Garant für die politische Interessenvertretung, nehme Stellung zu wichtigen regionalen Fragen und sei die Interessenvertretung gegenüber Brüssel, Paris, Berlin und Bern. So bemühe man sich im Moment darum, dass es eine gemeinsame Umweltplakette gebe. Der Oberrheinrat und die Oberrheinkonferenz seien die Hauptpartner in der Trinationalen Metropolregion. Eingebunden in den Oberrheinrat seien die vier Eurodistrikte Pamina, Strasbourg-Ortenau, die Region Freiburg-Centre et Sud Alsace und der Trinationale Eurodistrict Basel. Der Oberrheinrat bestehe aus vier Delegationen, je 26 Mitglieder für das Land Baden-Württemberg und die Region Grand-Est, 11 Mitglieder für die Nordwestschweiz und 8 Mitglieder für das Land Rheinland-Pfalz. Man habe pro Jahr 2 Plenarsitzungen und 2 vorbereitende Präsidiumssitzungen. Zur Vorbereitung der Beschlüsse habe man Kommissionen eingerichtet und zwar eine Kommission Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesundheit, eine Kommission Verkehr, Raumordnung und Katastrophenhilfe, eine Kommission Landwirtschaft, Umwelt, Klima und Energie sowie eine Kommission Kultur, Jugend, Bildung und Sport. Im Elsass habe man 10 % Arbeitslosigkeit, in der Schweiz hingegen habe man Arbeitskräftemangel. Daher habe man auch Pendlerströme mit täglich 93.000 Menschen. Die Region sei eine dynamische Region mit im Moment 6 Millionen Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 270 Milliarden Euro. Dies sei eine Wirtschaftskraft, die so groß sei wie in Dänemark oder Finnland. Folge sei, dass die Verkehrswege ausgebucht seien und zwar nicht nur auf der Straße, sondern auch auf den Transitstrecken der Bahn. Einer Prognose zufolge nehme die Bevölkerung bis 2015 um weitere 9 % zu. Man lebe hier in einer prosperierenden Region mit guten Chancen für die Zukunft.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Prüfantrag für einen Fußgängerüberweg bzw. Aufpflasterung in der Reiterstraße in der Verlängerung der Karl-Sauer-Straße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 23. Januar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Tas begründete den Antrag. Man sei von vielen Bürgern auf die Verkehrssituation in der Reiterstraße hingewiesen worden. Die Reiterstraße sei eine stark befahrene Straße und eine potentielle Gefahrenquelle für Kinder und ältere Menschen, die die Straße überqueren wollen. Daher bitte man um Prüfung, ob in der Verlängerung der Karl-Sauer-Straße eine Fußgängerüberquerung mit einer Aufpflasterung gemacht werden könne.

Der Vorsitzende nahm den Prüfauftrag entgegen. Man werde schriftlich den Fraktionen das Ergebnis der Prüfung mitteilen.

Der Stadtrat nahm den Prüfauftrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnis. Das Ergebnis der Prüfung wird den Fraktionen schriftlich mitgeteilt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung von konkurrierendem Anwohnerparken in der Südstadt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. Februar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Die Verkehrs- und Parksituation in der Südstadt sei seit Jahren problematisch. Mit diesem Antrag gehe es auch um die Lebensqualität der dortigen Anwohner. Ausgehend von den positiven Erfahrungen während der Landesgartenschau bitte man zu überprüfen, ob eine dauerhafte Einführung des konkurrierenden Anwohnerparkens möglich sei.

Der Vorsitzende verwies auf die Erfahrungen aus der Zeit der Landesgartenschau. Dies sei allerdings eine bewusst temporäre Regelung gewesen. Man werde dies aber prüfen und den Fraktionen schriftlich antworten.

Der Stadtrat nahm den Prüfauftrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnis. Das Ergebnis der Prüfung wird den Fraktionen schriftlich mitgeteilt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen im Bereich B 10 Landau-Nord bis Godramstein

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10. Februar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Basierend auf der Resolution von 2013 halte sie es für ein wichtiges Signal, eine dauerhafte Überwachung und Kontrolle eines Tempolimits zu installieren.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass dies nicht in der Zuständigkeit der Stadt, sondern des Landes liege. Die Forderung habe man bereits vor 5 Jahren in der Resolution erhoben. Die Frage sei nun, ob man jetzt nur separat über das Thema Geschwindigkeit beraten wolle oder ob sich die Fraktionen nicht doch, wie bereits besprochen, auf eine aktualisierte Resolution zur B 10 verständigen. Er schlage daher vor, dass die Fraktionen ein Signal geben, ob diese einen Vorschlag für eine Resolution einbringen oder ob die Verwaltung einen Vorschlag machen solle.

Ratsmitglied Lerch teilte mit, dass die CDU-Stadtratsfraktion zustimme, es interfraktionell zu klären.

Ratsmitglied Lichtenthäler hielt es für sinnvoll, in einer neuen Resolution verschiedene Anliegen zu bündeln. Man sollte auch überlegen für den B10-Abschnitt im Stadtgebiet eine kommunale Geschwindigkeitsüberwachung durchzuführen.

Ratsmitglied Freiermuth hatte kein Problem mit einer Geschwindigkeitskontrolle, allerdings sei dies nicht unsere Sache, sondern Sache der Polizei. Eine Resolution sehe die FWG-Stadtratsfraktion kritisch. Die FWG sei für den vierstreifigen Ausbau, da dieser mehr Sicherheit bedeute. Hinsichtlich des Antrages sollte man abwarten bis der Ausbau beendet sei und es dann nochmal thematisieren.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach sich für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion für Geschwindigkeitsüberwachung aus, allerdings halte sie mobile Anlagen für effektiver als feststehende.

Der Vorsitzende unterstrich nochmals, dass man außerhalb geschlossener Ortschaften nicht zuständig sei. Er bitte darum, dass die Fraktionen sich positionieren.

Der Stadtrat nahm den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Kenntnis. Die Fraktionen stimmen das weitere Vorgehen untereinander ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung intelligenter Verkehrsführung bzw. eines Parkleitsystems in der Stadt Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11. Februar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Der Antrag habe zwei Bausteine. Zum einen die intelligente Verkehrsführung, um mittels einer App die Verkehrsströme zu leiten. So könnte auch ein Umsteigen auf den ÖPNV gefördert werden. Mit dem intelligenten Parkleitsystem gehe es darum, dass Parkplatzsuchende schneller einen freien Parkplatz finden. Dadurch gebe es kürzere Fahrtzeiten und der Schadstoffausstoß verringere sich.

Der Vorsitzende erklärte, dass das Thema aufgenommen sei in die Beratungen zum Mobilitätskonzept. Man müsse allerdings immer auch die Kosten und die Nutzen in Relation setzen.

Ratsmitglied Lichtenthäler stimmte dem Antrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich zu. Allerdings müsse dies Thema im Mobilitätskonzept sein.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die Einführung intelligenter Verkehrsführung bzw. Parkleitsysteme zu prüfen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ausweisung weiterer Fahrradstraßen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11. Februar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Das Beispiel An44 zeige, dass Fahrradstraßen ein sinnvoller Beitrag zur Sicherheit der Radfahrer seien. Daher bitte man die Ausweisung weiterer Fahrradstraßen zu prüfen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass es in An44 sehr gut funktioniere. Im nächsten Bauausschuss werde man als einer der ersten Punkte des Mobilitätskonzeptes das Thema Vorrangnetze besprechen.

Ratsmitglied Freiermuth bat um Auskunft, ob in der An44 kontrolliert werde, da einige sich nicht an die Einbahnstraßenregelung halten würden.

Bürgermeister Dr. Ingenthron entgegnete, dass regelmäßig durch die Polizei kontrolliert werde. Verwarnungen seien ausgesprochen worden, wobei sich die Mehrheit der Verkehrsteilnehmer korrekt verhalten würde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die Ausweisung weiterer Fahrradstraßen zu prüfen, wird in die Beratungen zum Mobilitätskonzept aufgenommen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aktionsplan Sauberkeit in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 20. Februar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Das Thema Sauberkeit bewege die Menschen. An vielen Stellen in der Stadt sei die Verschmutzung deutlich sichtbar. Sicher sei das Thema nicht neu und es seien auch in der Vergangenheit schon verschiedene Schritte gemacht worden. Im Interesse der Attraktivität Landaus und im Interesse der Bürger sollte das Thema Sauberkeit jetzt nachhaltig angegangen werden. Es mache Sinn, hier einen konzentrierten Plan zu erstellen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die CDU hier offene Türen einrenne. Man habe in der Verwaltung schon einiges an Strukturen geschaffen. Es zeige sich aber in der Gesellschaft ein gewisser Mentalitätswandel, was aber kein rein Landauer Problem sei. Daher müsse man sich darauf einstellen, dass man mehr tun müsse, als in der Vergangenheit. Er schlage vor, den Antrag in den Verwaltungsrat EWL zu verweisen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron verwies auf den bestehenden Arbeitskreis Stadtbildpflege. Selbstverständlich sei man an einer sauberen Stadt interessiert. Der EWL sei in Punkto Sauberkeit viel unterwegs in der Stadt. Landau habe einen positiven Weg zurückgelegt. Vieles was noch machbar sei, werde aber nicht zum Nulltarif zu haben sein.

Ratsmitglied Vogler war der Meinung, dass dieses Problem bekannt sei. Schwer tue man sich mit dem Vorschlag, Empfänger von staatlichen Unterstützungsleistungen und Flüchtlinge für Säuberungsaktionen einzusetzen. Unabhängig von der rechtlichen Seite stelle sich die Frage, ob man damit diese Menschen nicht stigmatisiere. Es wäre schön, wenn die CDU dies einfach streichen würde. Beim Einsatz der Schulen beim Aktionstag „Saubere Stadt“ müsse es auch darum gehen, die Kinder zu sensibilisieren. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme einem Verweis in den Verwaltungsrat EWL zu.

Ratsmitglied Hartmann sah als Hauptproblem, dass Menschen ihren Müll auf die Straße werfen. Sicher könne man dem mit ein paar Maßnahmen aus dem CDU-Antrag begegnen. Das wichtigste sei aber, das Problem an der Ursache zu packen. Ein ordentlicher Bußgeldkatalog sei dabei ein wesentlicher Teil, dies sei auch eine erzieherische Maßnahme.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass aus seiner Sicht Appelle nichts nutzen würden. Es könne nicht sein, dass irgendwelche Gruppen gleich ob Schüler oder Sozialleistungsempfänger den Dreck anderer Leute wegmachen müssen. Verschmutzung müsse konsequent mit Bußgeldern geahndet werden.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass aus ihrer Sicht der Antrag zu kurz greife. Grundsätzlich sei ein Mißstand vorhanden, den man weiter beheben müsse. Sie halte es aber auch nicht für richtig, hier Empfänger von staatlichen Leistungen oder Flüchtlinge einzusetzen.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass die Heranziehung von Kindergärten und Schulen in erster Linie pädagogisch gedacht sei. Er könne auch in der Heranziehung von Empfängern staatlicher Leistungen oder von Flüchtlingen keine Stigmatisierung



erkennen. Wenn dieser Personenkreis sich ein paar Euro hinzuverdienen könnte, könne er hier kein Problem erkennen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, einen umfassenden Aktionsplan zum Thema Sauberkeit in Landau zu entwickeln, wird in den Verwaltungsrat EWL verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Untersuchung Luftaustauschbahnen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 26. Februar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann erläuterte den Antrag. Die Verwaltung argumentiere mit dem Verlauf der Frischluftschneisen in Nord-Süd-Richtung. Wenn man sich den Landesentwicklungsplan ansehe, dann verlaufe die Frischluftschneise in West-Ost-Richtung. Daher der Antrag, diese Frage grundsätzlich zu klären. Dies könne weitere Diskussionen beeinflussen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass diese Frage auch bereits der Verwaltung aufgefallen sei. Daher lasse man dies im Zuge des Klimaanpassungskonzeptes untersuchen.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Bildung zweier Ortsbezirke Wollmesheimer Höhe und Horst

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 26. Februar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Man schlage vor, für die Wollmesheimer Höhe und den Horst zwei Ortsbezirke zu bilden. Ein Ortsbeirat habe wohl nicht allzu viel zu entscheiden, weise aber immer wieder auf Gegebenheiten und Probleme vor Ort hin. Beide Gebiete würden sich für die Bildung von Ortsbezirken eignen, nicht zuletzt weil man hier auch eigene Abrechnungsgebiete habe. Man habe in beiden Gebieten eigene Probleme und Gegebenheiten. Es gebe durchaus Stimmen, die sagen, dass dies Geld kosten würde und der Rechnungshof intervenieren werde. Wenn man es sich aber für kleinere Ortsteile mit 900 Einwohnern leiste, dann auch für Gebiete in der Größenordnung von 3000 oder 4000 Einwohnern. Bei Fragen, in denen es um unsere eigene demokratische Struktur gehe, sollte man sich nicht von der ADD oder dem Rechnungshof reinreden lassen. Er glaube auch nicht, dass die Einrichtung von Ortsbezirken auf der Wollmesheimer Höhe und auf dem Horst zur Schwächung der bestehenden Ortsbezirke führen würde. Entscheidendes Argument sei, dass beide Viertel ein eigenes Selbstbewusstsein hätten. Zu klären sei die Frage, wie man die Bezirke zuschneide. Zur Vorgehensweise schlage er vor, einen Arbeitskreis zu bilden aus Vertretern des Stadtrates und der Verwaltung, der innerhalb der nächsten 6 Monate einen Vorschlag erarbeitet.

Der Vorsitzende hielt die Initiative inhaltlich in weiten Teilen für nachvollziehbar. Das Thema Ausstattung der Ortsbezirke und Ortsbeiräte sei ein ständiges grundsätzliches Thema. Im Moment nehme der Rechnungshof sich aktuell genau dieses Thema vor. Man sollte daher abwarten, welche Hinweise vom Rechnungshof zu diesem Thema kommen. Diskutieren müsse man dann auch, wie man mit der Kernstadt und der Südstadt umgehe. Eine erste überschlägige Rechnung kommt für die beiden neuen Ortsbezirke auf jährliche Kosten von 150.000 Euro. Dies wäre nach der Gemeindeordnung eine freiwillige Leistung. 150.000 Euro wären etwa 9 Punkte Erhöhung Grundsteuer B. Ob der Aufwand mit der Kosten-Nutzen-Relation zusammenpassen würde, wisse er nicht. Die Stadtteile seien historisch gewachsene Dörfer. Man sollte das Thema im Blick behalten, sich aber nicht auf die Kommunalwahl 2019 fokussieren. Sein Vorschlag wäre, für eine Grundsatzdiskussion einen solchen Arbeitskreis zu bilden. Ansonsten aber sollte man die Positionierung des Rechnungshofes abwarten und auch mit der Aufsichtsbehörde sprechen. Dann könne man dies im neugewählten Stadtrat nach 2019 zu einer Entscheidung führen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass dieses Thema nicht ganz neu und die Argumente durchaus nachvollziehbar seien. Die Frage sei, wo beginne man und wo höre man auf. Wenn man über die Wollmesheimer Höhe und den Horst spreche, warum dann nicht auch einen Ortsbeirat für Südwest, die Südstadt, den Schützenhof oder die Innenstadt? Die jetzigen Ortsteile seien gewachsene Strukturen. Die CDU-Stadtratsfraktion könne mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters gut leben.

Ratsmitglied Maier hielt es grundsätzlich für richtig, Strukturen zu hinterfragen. Allerdings sollte man hier keinen Schnellschuss machen. Daher wäre die SPD-Stadtratsfraktion mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters einverstanden.



Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass der Antrag einen grundsätzlichen Denkfehler habe. Man könne nicht einfach die Ortsteile beispielsweise mit dem Horst vergleichen. Die prinzipielle Überlegung, Bürger zu beteiligen, sei durchaus richtig. Es sei aber keine Eile geboten.

Ratsmitglied Dr. Migl begrüßte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion den Antrag. Es sei ein guter Antrag, der die basisdemokratischen Elemente stärke. Die Fragen der Abgrenzung seien aus ihrer Sicht Detailfragen, die man lösen könne, wenn man einen grundsätzlichen Beschluss habe. Sie sehe in den vorgebrachten Argumenten der anderen Fraktionen eine Verhinderungstaktik. Eine Kopplung an die Kommunalwahl 2019 halte sie für sehr sinnvoll.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete, dass man Ausgaben auch groß rechnen könne. Wenn man es auf die Kosten für einen Ortsvorsteher und den Ortsbeirat beschränke, komme man auch mit 30.000 Euro im Jahr hin. Wenn man es wolle, könne man innerhalb von 6 Monaten zu einem Ergebnis kommen. Er halte es für sehr sinnvoll, es mit der Kommunalwahl zusammen zu machen.

Ratsmitglied Maier gab zu bedenken, dass die Parteien ja auch Voraussetzungen für eine anständige Wahl benötigen würden.

Der Vorsitzende betonte, dass man eine Grundsatzdebatte führen müsse. Verwaltungstechnisch sei es schwierig umzusetzen, es seien viele Fragen zu klären. Er sehe hier im Moment auch keinen Zeitdruck, zumal es auch noch die laufenden Untersuchungen des Rechnungshofes gebe. Es bleibe bei seinem Vorschlag, noch vor der Sommerpause zu einer Gesprächsrunde einzuladen. Er gebe zu bedenken, dass es nicht nur um die Frage von Listenaufstellungen gehe, sondern auch um Motivierung und Bewusstseinsbildung.

Ratsmitglied Eichhorn war der Meinung, dass das Argument Abrechnungsgebiete nicht ziehe. Diese habe man ja nicht freiwillig beschlossen, sondern sie seien von der Rechtsprechung so aufgedrückt worden.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass hier nichts anbrenne. Man müsse keine überstürzte Eile an den Tag legen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, die Hauptsatzung der Stadt Landau um die Ortsbezirke Wollmesheimer Höhe und Horst zu ergänzen, wird in den Ältestenrat verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Berichterstattung zum Schienenpersonennahverkehr

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27. Februar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Prof. Dr. Kopf begründete den Antrag. Der SPD-Fraktion sei es wichtig, dass der Geschäftsführer des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Süd, Herr Heilmann, über aktuelle Themen berichte. Gerade für viele Pendler sei die Diskussion um den Ausbau der Nahverkehrsangebote von Interesse. Dabei spiele nicht nur die Elektrifizierung eine Rolle. Knackpunkt sei der Knotenpunkt am Bahnhof in Winden. Über all dies könne Herr Heilmann aktuell berichten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass aus Sicht der Verwaltung nichts dagegen spreche. Man sollte sich aber nicht nur auf Termine des Stadtrates fokussieren, sondern auch den Hauptausschuss und Bauausschuss anbieten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Den Geschäftsführer des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd, Herrn Verbandsdirektor Michael Heilmann als Sachverständigen in eine der nächsten Sitzungen des Stadtrates oder des Hauptausschusses oder des Bauausschusses einzuladen und ihn über aktuelle und für die Stadt Landau bedeutende Themen berichten zu lassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Wohnungsbaugesellschaft Landau; weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 1. März 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Seit 20 Jahren versuche man in Landau eine Wohnungsbaugesellschaft zu realisieren. Er sei vorsichtig optimistisch, dass es jetzt in irgendeiner Form klappen könnte. Der Stadtrat habe 2015 bekräftigt, dass aufgrund der Rahmenbedingungen eine herkömmliche Struktur für eine Wohnungsbaugesellschaft nicht darstellbar sei. Dies auch, weil man als KEF-Kommune nicht über das Kreditvolumen hinausgehen konnte. Mit Beschluss vom 1. März 2016 habe man dann die Gründung einer kommunalgeprägten Wohnungsbaugesellschaft mit einem Partner beschlossen. Man habe sich dann bewusst auf stadtnahe Partner verständigt. Auf der Basis dieses Beschlusses habe man Verhandlungen geführt und dann mindestens ein Dutzend Mal in städtischen Gremien besprochen. Die ADD habe dann im Vorfeld der Stadtratsitzung im Dezember den Hinweis gebracht, es noch mit einer rein kommunalen Eigengesellschaft zu vergleichen. Dann müsse über das Kreditlimit gesprochen werden. Aufgrund verschiedener geänderter Rahmenbedingungen könnte es nun möglich sein, eine rein 100 %-ige städtische Gesellschaft zu machen. Allerdings müsse man über die Risikostruktur dann noch sprechen. Es gehe dabei um Millionen zusätzlicher Kredite. Für diese Prüfung habe man als Verwaltung bisher vom Rat kein Mandat. Dieses Mandat, über eine rein städtische Gesellschaft zu sprechen, brauche man heute vom Stadtrat.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass dieses Thema nicht neu sei und es den vielfachen Wunsch gebe, eine Wohnungsbaugesellschaft zu errichten. Bisher sei stets betont worden, dass es aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen nicht möglich sei, eine rein städtische Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Das Timing der ADD mit dem Hinweis nun doch eine 100 %-ige städtische Gesellschaft zu prüfen, sei alles andere als optimal gewesen. Im gesamten politischen und gesellschaftlichen Raum werde dieses Thema völlig neu diskutiert. Der Bedarf nach schnell verfügbarem preisgünstigem Wohnraum sei enorm. Nun habe man diese neuen Perspektiven und Optionen. Es sei wichtig, diese Alternativen zu prüfen. Mit dem heutigen Beschluss gebe man der Stadtspitze ein Verhandlungsmandat, das aber auch ein Stück Weichenstellung sei. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Ratsmitglied Vogler erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion sich freuen würde, wenn diese Option einer eigenständigen Wohnungsbaugesellschaft möglich wäre. Von daher erweitere man gerne dieses Mandat.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion das 50:50-Modell mit der Sparkasse zustimmungsfähig gewesen wäre. Dies zu prüfen habe wichtige Erkenntnisse gebracht. Das Problem sei, dass man jetzt erkennen müsse, dass nie Alternativen geprüft worden seien. Letztlich sei das beste Konzept immer nur im Vergleich mit anderen Konzepten das Beste. Man mache das ganze ja nur, weil man festgestellt habe, dass es der freie Markt nicht lösen könne. Angesichts des Wunsches mehrerer Fraktionen im Stadtrat hätte man zumindest die ersten Schritte einer Prüfung gehen müssen. Dies nicht zu prüfen, sei ein vermeidbarer Fehler gewesen. Die heutige Korrektur unterstütze die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion gerne. Aber das Mietniveau in Landau sei nicht erst seit 2016 so gewachsen. Vieles sei schon länger auf dem Tisch, so dass man sich hätte hier früher und mehr engagieren müssen.



Der Vorsitzende widersprach den Aussagen von Herrn Hartmann. Die Verwaltung habe in den Haushaltsbegleitgesprächen klare Signale der ADD bekommen, dass über eine Ausweitung des Kreditlimits nicht zu sprechen sei. Natürlich könne man das Haar in der Suppe suchen und natürlich könne es auch schneller gehen. Heute habe man keine Korrektur irgendeines Beschlusses sondern die Erweiterung des Verhandlungsmandates. Es mache im Übrigen erst Sinn mit der Aufsichtsbehörde zu sprechen, wenn man Fakten habe. Ob es am Ende dann zu solch einer Lösung kommen könne, müsse man im Stadtrat dann nochmal ernsthaft besprechen. Man rede dann statt über 29 Millionen Euro über 40 Millionen Euro an Krediten in 10 Jahren. Diese Investitionen würden dauerhaft in den Büchern bleiben. Er verwahre sich gegen jede Art von Legendenbildung, dass in der Verwaltung irgendetwas nicht richtig gelaufen sei.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass die ADD manchmal auch Rücksicht auf Mainz nehmen müsse. Den Schwarzen Peter habe dennoch die Stadt gehabt. So ganz schlecht sei die Konstruktion mit der Sparkasse nicht gewesen. Die grundsätzliche Frage sei jetzt, welches Risiko man als Stadt eingehe, wenn man es alleine stemme. Der Prüfung dieser weiteren Option stimme die FWG-Stadtratsfraktion zu.

Ratsmitglied Dr. Migl freute sich darüber, dass sich endlich etwas bewege. Sie gebe dem Oberbürgermeister Recht, dass die Rahmenbedingungen jetzt besser seien als noch vor einiger Zeit. Wenn man es kommunal hinbekomme, wäre dies gut. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion sehe die Vorlage positiv. Man habe mit dem Gebäudemanagement ja die Kompetenz in der Verwaltung. Mit einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft habe man als Stadt höhere Einflussmöglichkeiten. Der Wertzuwachs an höherem Wohnungsbestand würde die Schulden ausgleichen, die man aufnehmen müsse.

Ratsmitglied Marquardt fand die Entwicklung, die sich hier aufgetan habe, sehr erfreulich. Wenn Fördermöglichkeiten ausgeschöpft würden, sollte das Risiko überschaubar sein.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat stimmt zu, dass bei der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft neben der Beteiligung stadtnaher Dritter auch die Umsetzbarkeit

**a) einer Eigengesellschaft ohne Beteiligung Dritter
sowie**

**b) einer Erhöhung des Wohnungsbestandes innerhalb des Eigenbetriebs
nochmals wirtschaftlich und sachlich geprüft und mit der ADD verhandelt wird.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters; Fortschreibung

Oberbürgermeister Hirsch war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 22. Februar 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die in der Anlage dargestellte Fortschreibung der Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters gemäß dem Landesbeamtengesetz (LBG) in Verbindung mit der Nebentätigkeitsverordnung (NebVO) zur Kenntnis zu nehmen.

Der Stadtrat erteilt weiterhin sein Einverständnis, dass der Oberbürgermeister für die genehmigte Ausübung der dargestellten Funktionen die entsprechende Infrastruktur der Verwaltung einsetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Breitbandausbau im Stadtgebiet Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Hauptamtes vom 22. Februar 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. In einer dezernats- und ämterübergreifenden Anstrengung habe man in den letzten beiden Jahren viel erreicht. Die 50 Mbit könnten dabei nur ein erster Zwischenschritt sein. Man werde sich auf wesentlich größere Bandbreiten von mindestens 300 Mbit einstellen müssen. Ein kompletter FTTB-Ausbau für das gesamte Stadtgebiet werde rund 8 Millionen Euro kosten. Dies könne man aus rein kommunalen Mitteln nicht darstellen.

Ratsmitglied Lerch dankte für die CDU-Stadtratsfraktion der Verwaltung für den vorgelegten Bericht. Es sei erfreulich, dass in den letzten zwei Jahren ein deutlicher Schritt gegangen worden sei. Die Frage eines leistungsfähigen Internets sei für Ansiedlungen von zentraler Bedeutung. Man könne die Verwaltung nur motivieren, in diese Richtung weiterzugehen.

Ratsmitglied Maier lobte die sehr gute und effiziente Arbeit der Verwaltung in dieser Frage. Die Frage sei, ob im Rahmen der Cluster-Ausschreibung außer Inexio und Telekom noch andere Anbieter dazukommen könnten.

Herr Siegrist unterstrich, dass das Netz diskriminierungsfrei sei und allen Anbietern zugänglich sein müsse.

Ratsmitglied Hartmann dankte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion ebenfalls für den vorgelegten Bericht. Es zeige sich, dass die 300 Mbit nicht zu hoch gegriffen seien.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass diese Entwicklung zwingend erforderlich sei. Gerade in den Ortsteilen gebe es aber immer noch große Lücken im städtischen Netz.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass der Bericht zeige, dass viel Energie in den Breitbandausbau gesteckt worden sei. Auch der Ausbau der W-LAN- Hotspots sei sehr positiv.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verlängerung des Enterprise-Agreement Vertrages

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der DV-Abteilung vom 1. März 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl empfand den Preis von 250.000 Euro als sehr teuer. Es sei auch nicht nachvollziehbar, warum man sich nur auf Microsoft festlege.

Frau Westermann erklärte, dass Microsoft Marktführer sei und viele unserer Software-Produkte nur mit Microsoft laufen würden. Die Konditionen seien in diesem Rahmenvertrag deutlich günstiger, da man den Vertrag zu den Preisen von 2015 verlängern könne.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Enterprise-Agreement Vertrag (EA-Vertrag) mit Microsoft über den Handelspartner Bechtle AG um zwei Jahre zu verlängern.

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss der Vertragsverlängerung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Auftragsvergabe Sandreinigung auf städtischen Flächen (Spielplätze, Schulen, Kindergärten, Sportplätze) für 2018-2021

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 21. Februar 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Sandreinigung auf städtischen Flächen (Spielplätze, Schulen, Kindergärten, Sportplätze) in den Jahren 2018-2021 soll in Höhe von 135.162,88 € an die Firma Sandmaster vergeben werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

4-streifiger Ausbau der B 10: Verlegung eines Regenrückhaltebeckens bei Godramstein

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. Januar 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 5 Enthaltungen:

der Verlegung des Regenrückhaltebeckens in der Gemarkung Godramstein im Zuge des 4-streifigen Ausbaus der B 10 unter den nachfolgend genannten Auflagen zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Neufassung der Benutzungsordnung für den Zoo der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Zoo vom 30. November 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Klemm ergänzte, dass in Abstimmung mit den Fraktionen das Alter bei 14 Jahren verbleibe. Es könne aber Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 13 Jahren mit einer schriftlichen Bestätigung der Eltern der unbegleitete Eintritt in den Zoo gewährt werden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die dieser Sitzungsvorlage beigefügte Neufassung der Benutzungsordnung für den Zoo der Stadt Landau in der Pfalz. Die Neufassung tritt zum 01.04.2018 in Kraft.

Ergänzend zu der in der Neufassung getroffenen Regelung kann Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 13 Jahren mit einer schriftlichen Bestätigung der Eltern der Eintritt in den Zoo gewährt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende überbrachte zunächst Grüße des Ehrenbürgers, Kardinal Wetter und seinen Dank für die Würdigung anlässlich seines 90. Geburtstages. Weiter wies er auf den Tibet-Aktionstag hin. Hierzu werde am 9. März um 18.00 Uhr im Gloria-Kino ein Film zum Thema „Kampf um Tibet“ gezeigt. Da man hier jetzt einen lokalen Bezug habe, werde man in diesem Jahr auch wieder die Tibet-Fahne am Rathaus hissen.

Beigeordneter Klemm wies auf den Aktionstag „Saubere Stadt“ am 16. März hin. Hierzu suche man auch wieder Paten. Weiter wies er auf das ausliegende Schreiben zu den Schadstoffbelastungen in der Stadt hin. Die durchgeführten Messungen seien nicht sehr aussagekräftig und belastbar. Er habe daraufhin die Landesregierung angeschrieben, die Antwort habe er als Tischvorlage verteilt.

Ratsmitglied Hartmann appellierte vor dem Hintergrund der Demonstrationen in Kandel dass sich alle demokratischen Kräfte verbünden, um den fremdenfeindlichen und teils rassistischen Kräften entgegenzutreten. Diese Kräfte hätten das Ziel, Kandel zum Dresden des Westens zu machen. Dem müsse man sich entgegenstellen.

Ratsmitglied Lichtenthäler wollte wissen, ob denn der Förderbescheid für die neue Sporthalle mittlerweile da sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Förderbescheid noch nicht da sei, da landesweit noch kein einziger Förderbescheid für das KI 3.0 ergangen sei.

Ratsmitglied Tas lud zur Teilnahme an der Lichterkette vom Frank-Loebchen-Haus zum Synagogenmahnmal am 21. März 2018 um 19.00 Uhr ein.



Die Niederschrift über die 35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 06.03.2018 umfasst 24 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 138.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter